

# Keine Wiederbelebung militärischer Abwehrreflexe

*Im Osten Europas ist Gewalt aufgeflammt. Das darf westliche Länder aber nicht zu überholten militärischen Reflexen verleiten. Im Konflikt in der Ukraine kann die OSZE den Dialog aufbauen und vertrauensbildend wirken – wenn man ihr dafür die nötige Zeit einräumt. Von Laurent Goetschel*

Mit der faktischen Annexion der Krim und dem Schüren militärischer Unruhen im Osten der Ukraine hat der russische Präsident Wladimir Putin den Westen in Aufruhr versetzt: Der russische Bär setzte sich hemmungslos über Grenzen und Völkerrecht hinweg und liess sich weder von politischen Verurteilungen noch von Wirtschaftsanktionen der EU und der USA beirren. Das Entsetzen westlicher Staaten ist verständlich. Territoriale Veränderungen mittels militärischer Gewalt sind inakzeptabel. Sie widersprechen einem Kernartikel der Uno-Charta zur territorialen Unversehrtheit der Staaten. Zudem wirken sie wie ein Schlag ins Gesicht der EU, steht doch die europäische Integration für den Verzicht auf Gewalt in zwischenstaatlichen Beziehungen und die zivile Regelung von Konflikten. Das Bekenntnis zu diesem Verzicht möchte die EU auch exportieren.

## *Brüssel ist hart gelandet*

Nun aber ist Brüssel damit in der Ukraine hart gelandet: Meinungsverschiedenheiten über die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens lösen innere Unruhen aus, in deren weiterem Verlauf Russland die (wohl seit längerer Zeit geplante) Annexion der Krim einleitet.

Seither mehren sich im Westen die Stimmen, die neben politischen und wirtschaftlichen Sanktionen auch militärische Massnahmen gegen Russland fordern. Nur eine Sprache der Härte werde verstanden, alles andere nur belächelt. Die Nato, das westliche Militärbündnis, das seit dem Ende des Kalten Krieges um seine Identität ringt, sieht ihre Stunde wieder gekommen und fordert eine markante Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen ihrer westeuropäischen Mitglieder. Dies suggeriert, der Westen habe mangels militärischer Muskelkraft keinen Mut, auf die Provokationen Russlands zu reagieren.

Keine Einschätzung könnte falscher sein: Die USA stellen nach wie vor und unangefochten die grösste Militärmacht der Welt. Hätten Sie markanter als mit gemeinsamen Manövern auf die von Russland angezettelten Entwicklungen in der Ukraine reagieren wollen, hätten sie dies jederzeit tun können.

Dies stand jedoch nie zur Debatte. Daran würden auch höhere europäische Rüstungsanstrengungen nichts ändern. Russische Expansionsschritte auf Kosten von Teilen der Ukraine, wie auch vor ein paar Jahren in Georgien, gelten nicht als Kriegsgrund gegen eine nach wie vor sehr potente Militär- und strategische Nuklearmacht.

Gravierender als der geopolitische Irrtum solcher Einschätzungen ist jedoch die Logik des damit verbundenen Denkens. Wie soll der Einsatz exter-

ner militärischer Macht in einem solch sensiblen Kontext zur Überwindung des Konfliktes beitragen? Wie würde ein solcher Einsatz legitimiert? Es ginge bei der Ukraine auch nicht – wie etwa 1999 im Fall Kosovo – um die Verantwortung zum Schutz, also um die Verhinderung extremster Verletzungen von Menschenrechten. Gefragt ist somit nicht ein Fitnesstraining für ein gealtertes Militärbündnis. Das europäische Erfolgsmodell seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gründet auf politischer und ökonomischer Stärke. Jahrhundertalte Feindschaften wurden überwunden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gelang es, dieses Modell auf zehn Staaten Mittel- und Osteuropas auszuweiten. Auch wenn manche dieser Staaten noch lange mit den Kosten von Reformen kämpfen werden, hat bisher keine der betreffenden Regierungen ernsthaft eine Alternative in Erwägung gezogen. Sogar die Ukraine hat das eingangs erwähnte Assoziationsabkommen mit der EU nun kürzlich doch noch unterzeichnet.

Vielleicht hätte der Westen in der Vergangenheit Russland stärker einbinden sollen. Denn neben Russland rang auch die EU mit ihrer sogenannten «Nachbarschaftspolitik» wirtschaftlich und politisch um Einfluss in der Ukraine. Mit ihrer pluralistischen Bevölkerung könnte die Ukraine als Brücke zwischen Westen und Osten fungieren. Auszuhandelnde Regeln könnten es der Ukraine ermöglichen, privilegierte Handelsbeziehungen sowohl mit der EU als auch mit Russland und seiner Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zu unterhalten.

Zugleich müssten westliche Staaten und Firmen den Menschenrechten in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu Russland mehr Platz einräumen. Dies gilt auch für den Energiebereich. Kontinuierlich und kohärent gehandhabt würde eine solche Politik mehr bewirken als ein jahrelanges Laissez-faire, auf das eine Schreckenstarre und die Wiederbelebung überholter militärischer Reflexe folgen.

Interessant ist, wie die OSZE durch den Konflikt in der Ukraine einen Teil ihrer ursprünglichen Bedeutung im Bereich der Vertrauensbildung und des Dialogs wiedergefunden hat. Weil sie über keine militärische Schlagkraft verfügt, nicht ohne Konsens entscheiden kann und ihr alle relevanten Staaten angehören, bot die OSZE eine Plattform für Gespräche und Beobachtungsmissionen. Dass gerade die Schweiz als vermittlungserprobtes Land den Vorsitz der OSZE innehatte, wirkte sich zusätzlich positiv aus.

## *Vertrauensbildung*

Wenn im Osten Europas Gewalt aufflammt und überwunden geglaubte Praktiken Anwendung finden, darf dies westliche Länder nicht dazu verleiten

ten, vergleichbar zu handeln. Rüstungsgüter und dazu passende Einsatzdoktrinen gibt es auf der Welt genügend. Sie waren dem Frieden noch selten zuträglich. Im Konflikt in der Ukraine ist es gerade die militärisch zahnlose OSZE, welche die Vertrauensbildung fördert und zur Überwindung des Konflikts beitragen kann, wenn man ihr genügend Zeit lässt. Mittelfristig ist es die EU, die mit der Option einer weiteren Annäherung an die Ukraine und einer besseren Einbindung Russlands eine Perspektive bietet.

.....  
**Laurent Goetschel** ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace.